



Antrag

der Abgeordneten **Ruth Müller, Florian von Brunn, Holger Griebhammer, Sabine Gross, Anna Rasehorn, Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Arif Taşdelen, Dr. Simone Strohmayer, Horst Arnold, Nicole Bäumler, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Doris Rauscher, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Katja Weitzel SPD**

Fischwilderei ist kein Kavaliersdelikt: Bayerische Fischereiverbände beim Eindämmen der zunehmenden Fischwilderei unterstützen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus zu berichten, wie Fischwilderei weiterhin bekämpft wird, um die bayerischen Fischereiverbände beim Eindämmen der zunehmenden Fischwilderei zu unterstützen, um ökologische und ökonomische Schäden einzudämmen und dem Tierschutz gerecht zu werden. Hierbei sollen außerdem die Möglichkeiten einer KI-gestützten Überwachung in den Blick genommen werden und es soll geprüft werden, inwieweit beispielsweise die Fischereiverbände durch den Kauf von Drohnen und Überwachungskameras finanziell unterstützt werden können.

Begründung:

Die Zahlen der Fischwilderei bewegen sich in Bayern seit vielen Jahren auf hohem Niveau. So hat eine Anfrage an die Staatsregierung ergeben, dass 2021 in Bayern 265 Fälle von Fischwilderei angezeigt worden sind, 2022 wurden 310 gezählt und im Jahr 2023 waren es 324. Fischwilderei stellt einen unkontrollierbaren Eingriff in oft ohnehin schon bedrohte oder gefährdete Fischbestände dar und schädigt diese nachhaltig. Durch ihre Unkenntnis in puncto Schonzeiten, Schonmaße, Fangbeschränkungen, Fangmethoden und Weiterverwertung des Fangs verstoßen „Schwarzangler“ häufig gegen das Tierschutzgesetz. Damit schaden sie zum einen den Fischbeständen an sich, aber auch den durch den Klimawandel ohnehin schon belasteten Gewässerökosystemen. Hinzu kommt, dass über die Fischereiabgabe jährlich viele Hunderttausend Euro in Artenhilfeprogramme fließen, die durch Fischwilderei an Wirkung verlieren.

Die bayerischen Fischereivereine haben es sich zur Aufgabe gemacht, (gefährdete) Fischbestände zu erhalten und Gewässerökosysteme zu schützen. Dafür kontrollieren rund 4 000 geschulte und staatlich geprüfte Fischereiaufseher die bayerischen Flüsse, Bäche und Seen. Um die wachsende Fischwilderei einzudämmen, müssen die Kontrollmaßnahmen weiterhin ständig verbessert werden. Dazu gehören auch moderne, KI-gestützte Techniken, die die Ehrenamtlichen bei ihrer verantwortungsvollen Aufgabe entlasten würden. So könnten mobile Überwachungskameras an Stellen eingesetzt werden, die nach Erfahrung der Fischereiverbände häufig von Fischwildernern genutzt werden; entsprechende Hinweisschilder könnten zur Abschreckung dienen. Der Einsatz von Drohnen könnte dabei helfen, sich einen Überblick über größere Gewässerflächen zu verschaffen und bei Auffälligkeiten zeitnah verdächtige Personen gezielt zu kontrollieren.

Da die Fischereiverbände einen wichtigen Beitrag für die Gewässerökosysteme und den Artenschutz leisten, sollten die dort ehrenamtlich Tätigen bestmöglich mit finanzieller Hilfe des Freistaates technisch ausgestattet werden, um dieser wichtigen Aufgabe auch in Zukunft nachzukommen.